

PHILIPP S. FISCHINGER

Haftungsbeschränkung im Bürgerlichen Recht

Jus Privatum

195

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM

Beiträge zum Privatrecht

Band 195



Philipp S. Fischinger

Haftungsbeschränkung im Bürgerlichen Recht

Mohr Siebeck

Philipp S. Fischinger, geboren 1979 in Schwäbisch Hall, aufgewachsen in Ellwangen-Hardt; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Regensburg; 2006 Promotion; 2008–09 LL.M. Studium an der Harvard Law School (USA); 2009–10 Visiting Researcher an der Harvard Law School (USA); 2010–14 Akademischer Rat a.Z. und Habilitand bei Prof. Dr. Martin Löhnig, Universität Regensburg; seit 2014 Ordinarius an der Universität Mannheim.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

e-ISBN PDF 978-3-16-153866-7
ISBN 978-3-16-153539-0
ISSN 0940-9610 (Jus Privatum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2015 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Stempel-Garamond gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Meiner Mutter,
meinem Vater (1931–1990)
sowie meinem Bruder Johannes (1962–2015)
in Liebe und Dankbarkeit

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2014 als Habilitationsschrift von der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg angenommen. Größten Anteil nicht nur an diesem Werk, sondern meinem gesamten beruflichen Werdegang der letzten zehn Jahre hatte mein verehrter Habilitationsbetreuer, Herr Professor Dr. Martin Löhnig, der mir stets ein Höchstmaß an Unterstützung und akademischer Freiheit angedeihen ließ. Ein besserer Chef und Förderer ist nicht denkbar. Nicht nur dafür danke ich ihm von ganzem Herzen.

Herzlich danken möchte ich ferner Herrn Professor Dr. Herbert Roth (Regensburg), vor allem für die Erstellung des Zweitgutachtens in Rekordzeit, ohne das der Ruf an die Universität Mannheim vermutlich nicht möglich gewesen wäre.

Darüber hinaus danke ich den Mitgliedern des Fachmentorats, Herrn Professor Dr. Jürgen Kühling und Herrn Professor Dr. Reinhard Richardi (beide Regensburg). Herrn Richardi gebührt zudem ein herausragender Dank dafür, dass er meine ersten Schritte in der akademischen Welt zielsicher gesteuert und – vor nachgerade Urzeiten – meine Promotion betreut und mich an seinem Lehrstuhl aufgenommen hat. Nicht nur deshalb ist er mir sehr ans Herz gewachsen.

Dem Verlag Mohr Siebeck danke ich für die Aufnahme in die Reihe „Studien zum Privatrecht“.

Für das Korrekturlesen des – viel zu lang geratenen – Werks danke ich Frau Rechtsreferendarin Stefanie Franz, Frau Julia Güthling (LL.B.), Frau Jana Retkowsky, Frau Christine Straub (LL.B.), Herrn Benedikt Brüst, Herrn Jonathan Godwyll, Herrn Jan Phillip Hamm (LL.B.), Herrn Pierre Klotz und Herrn Manuel Scheiber. Dank gebührt auch meiner Sekretärin, Frau Ulrike Müller, die eine unverzichtbare Hilfe ist.

Danken möchte ich ferner allen Mitarbeitern des Lehrstuhls Löhnig an der Universität Regensburg, vor allem Frau Caroline Berger, für all die schönen und lustigen Stunden während der letzten Jahre. Diese in gewisser Weise viel zu schnell verflossene Zeit wird mir stets in allerbesten Erinnerung bleiben.

Danken möchte ich ferner Herrn Prof. Dr. em. Rainer Gömmel und seiner lieben Ehefrau Heiderose, ohne die ich niemals an der Universität Regensburg gelandet wäre und mein Leben mit Sicherheit eine ganz andere Richtung genommen hätte.

Schließlich danke ich meiner Mutter, Frau Olga Fischinger-Traub, für die uneingeschränkte und bedingungslose Unterstützung während der (allzu?) langen Jahre des Studierens und Forschens. Ihr, meinem 1990 verstorbenen Vater und meinem 2015 verstorbenen Bruder Johannes, ist die Arbeit in Liebe und Dankbarkeit gewidmet.

Rechtsprechung und Literatur sind grundsätzlich bis einschließlich Januar 2014 eingearbeitet, vereinzelt konnten auch noch später erschienene Quellen berücksichtigt werden.

Philipp S. Fischinger

Regensburg/Mannheim im Mai 2015

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI

§ 1 Grundlagen

A. Einleitung	1
B. Begriff der „Haftung“	3
C. Haftungsbegründung und -begrenzung	9
D. Untersuchungsgegenstand und Gang der weiteren Darstellung	14
E. Forschungsstand	15
F. Der verfassungsrechtliche Rahmen	16

§ 2 Einzelne Haftungsbeschränkungsinstrumente

A. Haftungshöchstsummen	29
B. Restschuldbefreiung	102
C. Beschränkte Erbenhaftung, §§ 1967 ff. BGB	140
D. Institutionelle Haftungsbeschränkung am Beispiel der GmbH	243
E. Haftungersetzung durch Versicherungsschutz	429
F. Beschränkte Arbeitnehmerhaftung	508

§ 3 Übergreifende Aspekte

A. Einleitung	597
B. Allgemeine Reduktionsklausel bei Schadensersatzansprüchen: Abzugsrecht des Richters?	598
C. Abdingbarkeit von Haftungsbeschränkungsinstrumenten	657

D. Haftungsbeschränkung als Element moderner Industriegesellschaften	741
E. Fazit	760

§ 4 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

A. Die wichtigsten Ergebnisse des Grundlagenkapitels (§ 1)	763
B. Die wichtigsten Ergebnisse in Bezug auf die einzelnen Haftungsbeschränkungsinstrumente (§ 2)	764
C. Die wichtigsten Ergebnisse aus dem Kapitel „Übergreifende Aspekte“ (§ 3)	774
Literaturverzeichnis	777
Sach- und Paragraphenverzeichnis	811

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX

§ 1 Grundlagen

A. Einleitung	1
B. Begriff der „Haftung“	3
I. Der Haftungsbegriff als Ausgangspunkt der weiteren Untersuchung	3
II. Die klassische Lehre der Dichotomie von „schulden“ und „haften“	3
III. Abweichende Deutungen	5
IV. Haftungsbegriff im Sinne dieser Untersuchung	5
1. Haftung als „verpflichtet sein“	5
2. Keine Beschränkung auf Schadensersatzansprüche	8
3. Zwischenergebnis	9
C. Haftungsbegründung und -begrenzung	9
I. Haftungsbeschränkung bei Abweichung vom gesetzlichen „Regelfall“?	10
II. Orientierung an den Beweislastregelungen?	11
III. Orientierung an den Einwendungskategorien	12
1. Ausgangspunkt	12
2. Herausnahme rechtshindernder Einwendungen	12
3. Nicht zu untersuchende rechtsvernichtende/-hemmende Einwendungen	12
D. Untersuchungsgegenstand und Gang der weiteren Darstellung ..	14
E. Forschungsstand	15

F. Der verfassungsrechtliche Rahmen	16
I. Eigentumsfreiheit, Art. 14 GG	16
1. Zum sachlichen Schutzbereich der Eigentumsfreiheit	16
2. Abgrenzung Enteignung versus Inhalts- und Schrankenbestimmung	17
II. Allgemeiner Gleichheitssatz, Art. 3 I GG	19
1. Die verschiedenen „Formeln“ zur Inhaltsbestimmung des allgemeinen Gleichheitssatzes	20
2. Bestimmung des Anwendungsbereichs dieser Formeln	21
3. Grundlagen für die weitere Untersuchung	23
4. Rechtsfolgen eines Gleichheitsverstößes	25
III. Die Schutzpflichtdimension der Grundrechte	26
1. Grundlagen	26
2. Ausprägung: Pflicht zum Normerlass	27
3. Grenzen	28

§ 2 Einzelne Haftungsbeschränkungsinstrumente

A. Haftungshöchstsummen	29
I. Begriff und dogmatische Verortung als Schuldbeschränkung	29
II. Systematisierung und Bestandsaufnahme des geltenden Rechts ..	29
1. Anwendungsbereich: Charakteristikum von Tatbeständen verschuldensunabhängiger Haftung?	29
2. Typisierungen der Haftungshöchstsummen	32
a) Gesetzliche Anordnung versus „Vertragslösung“	32
b) Globalgrenzen versus Einzelgrenzen	32
c) Abstrakte Haftungshöchstsummen versus Anknüpfung an einzelfallrelevante Umstände	33
III. Rechtspolitische und -dogmatische Legitimation von Haftungshöchstsummen	35
1. Beschränkung verschuldensunabhängiger Haftungs- tatbestände	35
a) Rechtstradition als Rechtfertigung?	35
b) (Isoliert) Schutz vor ruinöser und damit prohibitiv wirkender Haftung?	37
c) (Isoliert) Versicherbarkeit des Haftungsrisikos?	39
aa) Meinungsstand	39
bb) Stellungnahme	40
d) „Gerechter“ Ausgleich für strenge Haftung	42

aa) Einleitung	42
bb) Zweispurigkeit des geltenden Haftungsrechts	43
cc) Sachgerechter Interessenausgleich; Zusammenhang zum Versicherbarkeitsargument und zum Schutz vor potentiell ruinöser, prohibitiv wirkender Haftung	46
dd) Kein Gegenargument aus atypischen Konstellationen	49
ee) Änderung durch Einführung der Restschuldbefreiung?	49
e) Zwischenergebnis	51
2. Beschränkung verschuldensabhängiger Haftungstatbestände .	51
a) Die verschiedenen Haftungstatbestände	52
b) Zwischenergebnis	53
IV. Verfassungsrechtliche Fragen	54
1. Verfassungskonformität von Haftungshöchstsummen bei verschuldensunabhängigen Haftungstatbeständen	54
a) Verstoß gegen Art. 3 I GG?	54
b) Verstoß gegen Art. 14 I GG?	55
c) Verstoß gegen staatliche Schutzpflichten?	55
aa) Grundsatz	55
bb) Geltung auch bei Verdrängung der allgemeinen (deliktschen) Haftungsregelungen?	58
d) Zwischenergebnis	63
2. Verstößt die Nichtnormierung von Haftungshöchstsummen bei verschuldensunabhängigen Haftungstatbeständen gegen Art. 3 I GG?	63
a) Genus proximum der weiteren Prüfung	64
b) § 89 WHG, § 833 S. 1 BGB	65
aa) Ungleichbehandlung und Rechtfertigungsmaßstab	65
bb) Rechtfertigung der Ungleichbehandlung?	65
cc) Rechtsfolgen des Verstoßes	68
c) §§ 29, 30 BJagdG	68
d) § 53 I LuftVG	69
e) §§ 302 IV 2, 600, 717 II, 799a, 945 ZPO	70
f) § 14 S. 2 BImSchG, § 11 LuftVG, § 7 VI AtomG, § 23 S. 2 GenTG, § 16 I 3 WHG	70
g) § 906 II 2 BGB (analog)	71
h) §§ 414, 451, 455 II, 468 III HGB	75
3. Unvereinbarkeit der Bereichsausnahme für Grundstücke (§ 10 III HaftpflichtG, § 117 I Nr. 2 Hs. 2 BBergG) mit Art. 3 I GG?	78
a) § 117 I Nr. 2 Hs. 2 BBergG	78
b) § 10 III HaftpflichtG	79
4. Verfassungswidrigkeit der summenmäßigen Beschränkung verschuldensabhängiger Tatbestände?	81

a) § 323 II HGB (gegebenenfalls in Verbindung mit § 49 AktG)	81
aa) Ungleichbehandlung	81
bb) Prüfungsmaßstab	82
cc) Legitimes Differenzierungsziel	82
dd) Eignung und Erforderlichkeit	83
ee) Angemessenheit	83
ff) Ergebnis und Konsequenzen	86
b) §§ 18, 12, 12a StVG	86
c) § 675v I 2, 1 BGB	88
5. Verfassungswidrige Berechnungsmaßstäbe im handels- rechtlichen Transportrecht	89
a) Fracht- und Speditionsvertrag	89
b) Umzugsvertrag	92
c) Lagervertrag	93
d) Seefrachtvertrag	93
e) Fazit und Neuregelungsvorschläge für den Fracht-, Speditions- und Umzugsvertrag	94
V. Problematik der „Überalterung“ von Haftungshöchstsummen	95
VI. Zusammenfassung	96
1. Erscheinungsformen	96
2. Rechtspolitische und -dogmatische Legitimation	97
a) Verschuldensunabhängige Tatbestände	97
b) Verschuldensabhängige Haftungstatbestände	99
3. Verfassungsrechtliche Fragen	99
a) Haftungshöchstsummen bei verschuldensunabhängigen Haftungstatbeständen	99
b) Nichtnormierung von Haftungshöchstsummen bei verschuldens- unabhängigen Haftungsnormen	100
c) Bereichsausnahmen für Grundstücke	100
d) Haftungshöchstsummen bei Verschuldenstatbeständen	101
e) Berechnungsmaßstäbe im handelsrechtlichen Transportrecht	101
4. Aktualisierung von Haftungshöchstbeträgen	101
B. Restschuldbefreiung	102
I. Hintergründe, Bedeutung und Ablauf	102
II. Verfassungsrechtliche Bewertung	105
1. Die grundsätzliche verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines Restschuldbefreiungsverfahrens – Verletzung von Art. 14 I GG?	105
a) Schutzbereich	105
b) Enteignung oder Inhalts- und Schrankenbestimmung?	105
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Restschuldbefreiung	109

aa) Legitimes Ziel	109
bb) Geeignetheit des Restschuldbefreiungsverfahrens zur Erreichung dieses Ziels	112
cc) Erforderlichkeit des Restschuldbefreiungsverfahrens	114
dd) Angemessenheit/Proportionalität	115
2. Verfassungswidrigkeit einzelner Regelungen	123
III. Zivilrechtsdogmatische Einordnung der Restschuldbefreiung ..	123
1. Unvollkommene Verbindlichkeit	123
2. Die Restschuldbefreiung als unvollkommene Verbindlichkeit mit untypischem Entstehungstatbestand	126
a) Die Erteilung der Restschuldbefreiung	126
b) Begründet der Beschluss über die Zulässigkeit des Restschuldbefreiungsantrags (§ 287a I InsO) ein „Anwartschaftsrecht“ auf Schuldumwandlung?	128
3. Rechtsfolgen der Umwandlung	129
a) Grundsätzliches	129
b) Aufrechnung	130
c) Zurückbehaltungsrecht, § 273 BGB	135
d) Abtretung, § 398 BGB	135
e) Unbegründetheit einer Klage auf Erfüllung der von der Restschuldbefreiung erfassten Forderung	136
4. Dogmatische Einordnung des Widerrufs der Restschuldbefreiung (§ 303 InsO)	137
IV. Zusammenfassung	138
1. Verfassungskonformität	138
2. Zivilrechtsdogmatik	139
C. Beschränkte Erbenhaftung, §§ 1967 ff. BGB	140
I. Einführung: Einstandsverbindlichkeit des Erben	140
1. Arten der Nachlassverbindlichkeiten	140
2. Bedeutung der Unterscheidung	141
3. Die konfligierenden Interessen	141
a) Erblasser	142
b) Erbe	142
c) Nachlassgläubiger	142
d) Eigengläubiger des Erben	143
e) Interessenausgleich als Aufgabe des erbrechtlichen Haftungsregimes	144
4. Gang der weiteren Untersuchung	144
II. Die einzelnen Haftungsbegrenzungsinstrumente	145
1. (Inventarerrichtung, §§ 1993 ff. BGB)	145

a)	Historische Entwicklung	145
b)	Heutige Gesetzesfassung	145
2.	Nachlassverwaltung	146
a)	Zweck der Nachlassverwaltung vor dem historischen Hintergrund	146
b)	(Praktische) Rechtsfolgen	147
c)	Das Schicksal der Haftungsbeschränkung bei Beendigung der Nachlassverwaltung, insbesondere: §§ 1990 ff. BGB analog?	148
3.	Nachlassinsolvenzverfahren	153
a)	Zweck und Rechtsfolge der Insolvenzeröffnung	153
b)	Rechtsfolgen bei Beendigung des Nachlassinsolvenzverfahrens ..	153
aa)	Unproblematische Fallgruppen	153
bb)	Gantverzicht	154
cc)	Rechtsfragen des § 1989 BGB	154
4.	Das Aufgebotsverfahren samt Ausschließungseinrede, §§ 1970 ff. BGB	157
5.	Die Verschweigungseinrede, § 1974 BGB	159
a)	Allgemeines	159
b)	Anwendbarkeit auf nach Fristablauf entstandene Forderungen ...	160
aa)	Meinungsstand	160
bb)	Relevanz	160
cc)	Die Argumente Muschelers	161
dd)	Stellungnahme	161
6.	Die Dürftigkeitseinrede, § 1990 BGB	164
a)	Historischer Hintergrund: Die Abzugseinrede des Ersten Entwurfs	164
b)	Zweck der heutigen Gesetzesregelung	165
c)	Die verschiedenen Einreden des § 1990 I BGB	165
d)	Pflichten des Erben infolge der Einredeerhebung	167
e)	Abmilderung der asymmetrischen Haftungsstruktur via § 784 II ZPO analog, §§ 1991 I, 1978 I, 280 BGB	168
aa)	Problembeschreibung	168
bb)	Meinungsspektrum	169
cc)	Stellungnahme	170
f)	Zusammenfassung	179
7.	Die Überschwerungseinrede des § 1992 BGB	179
a)	Zweck	179
b)	Voraussetzungen	180
c)	Rechtsfolgen	181
8.	Die dilatorischen Einreden der §§ 2014, 2015 BGB	182
a)	Dreimonatseinrede, § 2014 BGB	182
b)	Einrede des Aufgebotsverfahrens, § 2015 BGB	183

9. Haftung des Erben bei Testamentsvollstreckung	183
a) Keine Beschränkung der Nachlassgläubiger	183
b) Schutz des Nachlasses vor den Eigengläubigern	184
c) Dogmatische Bewertung	185
10. Keine Wirkung auf Sicherungsgeber	185
III. Dogmatische Einordnung der Vermögenssonderung	186
1. Die verschiedenen Erklärungsmodelle (anhand der §§ 1975 ff. BGB)	186
a) Vollständiger Wegfall der Schuld des Erben (Die Lehre vom „Nachlass als [Quasi-] Rechtssubjekt“ beziehungsweise „selbständiges Sondervermögen“)	186
b) Erbe als persönlicher Schuldner	188
aa) „Lehre von der Verengung der persönlichen Schuld“	188
bb) „Theorie der reinen Haftungsbeschränkung“	188
c) Verdopplung der Subjektsqualität des Erben (Die „Lehre von der Personalunion des Erben“)	189
2. Anwendung dieser Auffassungen auf §§ 1973 f., 1990 ff. BGB?	189
3. Stellungnahme	190
a) Ablehnung der Lehren vom „Nachlass als (Quasi-) Rechtssubjekt“ beziehungsweise vom „Nachlass als selbständiges Sondervermögen“	190
b) Vorzugswürdigkeit der „Theorie der reinen Haftungs- beschränkung“	192
aa) Wortlaut	192
bb) Systematische Stellung	193
cc) Deklaratorischer Charakter des § 1629a III BGB	193
dd) Kein Widerspruch zwischen vollumfänglicher Schuld und eingeschränkter Vollstreckbarkeit	194
ee) Widersprüchlichkeit und Nähe Marotzkes zur „Theorie vom Nachlass als (Quasi-)Rechtssubjekt“	195
ff) Entkräftung der Einwände Schröders gegen die hier vertretene Auffassung	195
gg) Ergebnis	205
4. Folgerungen aus der Qualifikation als reiner Haftungs- beschränkung	205
a) Schuldnerverzug	205
aa) Bei der Nachlassverwaltung	205
bb) Im Nachlassinsolvenzverfahren	206
cc) Bei den Einreden der §§ 1973 f., 1990 ff. BGB	207
b) Rückforderungsanspruch aus § 813 I 1 BGB bei Befriedigung eines Nachlassgläubigers aus dem Eigenvermögen?	207

aa) Meinungsstand	208
bb) Stellungnahme	208
cc) Fazit	211
c) Berücksichtigung im Erkenntnisverfahren	211
5. Sonderfall (1): Einreden aus §§ 2014, 2015 BGB	214
a) Dogmatische Qualifikation	214
b) Folgen	214
aa) Befriedigung der Nachlassgläubiger; Fälligkeit; Fälligkeitszinsen	214
bb) Eintritt von Schuldnerverzug?	215
6. Sonderfall (2): Testamentvollstreckung	217
7. Sonderformen der Beschränkung der Einstands- verbindlichkeit des Erben	217
a) Originäre Haftung cum viribus, § 5 V 4 KonsularG	218
b) Beschränkung schon der Schuld des Erben	218
aa) § 1371 IV BGB	218
bb) § 1586b I 1, 3 BGB	219
cc) §§ 102 II 2, 103 II 2 SGB XII, § 35 II 3 SGB II, §§ 1836 I 2, 1908i BGB	220
c) Dogmatische Bewertung	222
IV. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der einzelnen Instrumente ..	224
1. Haftungsbeschränkung als Eingriff in Art. 14 GG	224
2. Nachlassverwaltung	224
a) Eigengläubiger	224
b) Nachlassgläubiger	225
3. Nachlassinsolvenzverfahren	226
a) Nachlassgläubiger	226
b) Eigengläubiger	227
4. § 1990 BGB	228
a) Nachlassgläubiger	228
b) Eigengläubiger	229
5. § 1992 BGB	229
a) Eigengläubiger; nicht betroffene Nachlassgläubiger	229
b) Betroffene Nachlassgläubiger	229
6. §§ 1973, 1974 BGB	230
a) Eigengläubiger	230
b) Betroffene Nachlassgläubiger	231
7. §§ 2014, 2015 BGB	233
8. Testamentvollstreckung	233
9. Zusammenfassung	234
V. De lege ferenda: Diskussion punktueller Änderungsvorschläge .	234

1. Schaffung einer explizit-zweiseitigen Haftungsstruktur im Rahmen des § 1990 BGB	235
2. Anpassung der §§ 102 II 2, 103 II 2 SGB XII, § 35 II 3 SGB II, §§ 1836e I 2, 1908i BGB sowie § 5 V 4 KonsularG an das allgemeine System der Erbenhaftung	236
3. Ausgestaltung der Nachlassverwaltung als dauerhafte Haftungsbeschränkung?	237
VI. Zusammenfassung	238
1. Streitfragen bei den einzelnen Haftungsbegrenzungsinstrumenten	238
2. Dogmatische Qualifikation als Haftungsbeschränkung	240
3. Verfassungskonformität	242
4. Vorschläge de lege ferenda	243
D. Institutionelle Haftungsbeschränkung am Beispiel der GmbH .	243
I. Einleitung; Gegenstand und Gang der Untersuchung	243
II. Beschreibung und dogmatische Einordnung als Schuldbeschränkung	244
III. Rechtspolitische und -dogmatische Legitimität des § 13 II GmbHG	245
1. Notwendigkeit einer Rechtfertigung?	245
2. Schutz des Gesellschafters/Förderung der Unternehmerinitiative	250
a) Schutz des Gesellschafters?	250
b) Förderung der Unternehmerinitiative	252
aa) Historischer Zweck der GmbH	252
bb) Weitgehende Zweckkontinuität	253
cc) Änderung durch Schaffung der §§ 286 ff. InsO?	255
dd) Zwischenergebnis	256
3. Einwand 1: Verminderter Sorgfaltsstandard der Geschäftsführer?	256
4. Einwand 2: Missbrauchsgefahr?	258
5. Einwand 3: Korrespondenz von Herrschaft und Haftung als Funktionsbedingung einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung?	259
a) Der ordoliberaler Ansatz (Korrespondenzthese)	259
b) Ausgangspunkt: Haftung als Baustein der marktwirtschaftlichen Ordnung	260
c) Bedeutungslosigkeit der Gesellschafterhaftung?	261
d) Unbeherrschbarkeit des Unternehmerrisikos?	262
e) Protektion gegen Kapitalverschleuderung/Sicherung vorsichtiger Kapitaldispositionen	263

f)	Monopolisierungsgefahr	265
g)	Nötwendiges Instrument zur „Bestenauslese“	268
h)	Abschließende Würdigung	270
aa)	Haftungsbeschränkung als Gegenstand des Leistungswettbewerbs	270
bb)	Empirische Erfahrung	272
i)	Fazit	274
6.	Einwand 4: Korrespondenz von Herrschaft und Haftung als (bindendes) Rechtsprinzip?	275
a)	Meinungsstand und Gang der weiteren Untersuchung	275
b)	Zwingende Vorgabe für den Gesetzgeber?	276
c)	Prägendes Dogma des geltenden Rechts?	278
aa)	Analyse des geltenden Rechts	278
bb)	Quintessenz	282
cc)	Anwendung auf die GmbH	282
dd)	Zwischenergebnis	284
7.	Fazit	284
IV.	Gläubigerschützende Instrumentarien	285
1.	Schutz durch Information (Publizitätspflichten)	285
a)	Personenbezogene Informationen	285
b)	Höhe der Stammkapitalziffer	286
c)	Hinweis auf die Rechtsform	287
d)	Publikation der Rechnungslegung	288
e)	Auflösung der Gesellschaft	289
2.	Selbstschutzmöglichkeiten	289
3.	Schutz durch das gesetzliche Mindeststammkapital	290
a)	Kapitalaufbringung	290
b)	Kapitalerhaltung	292
c)	Sonderfall Unternehmergesellschaft	294
4.	Schutz durch Insolvenzantragspflicht, § 15a InsO	296
a)	Normzweck	296
b)	Adressaten	296
c)	Insolvenzverschleppungshaftung	297
5.	Schutz per insolvenzrechtlicher Schlechterstellung von Gesellschafterdarlehen (§§ 39 I Nr. 5, 135 InsO)	299
a)	Rechtslage bis zum MoMiG	300
b)	Heutige Rechtslage	301
c)	Rechtsdogmatische Legitimation der §§ 39 I Nr. 5, 135 InsO	303
aa)	Entwurfsbegründung	303
bb)	Zweckkontinuität: Fortbestand der Finanzierungsfolgenverantwortung	304
cc)	Besonderes Näheverhältnis, Steuermöglichkeit und Informationsvorsprung	306
dd)	Gegenstück zur Haftungsbeschränkung	308

ee) Gleichlauf von Chance und Risiko	309
ff) Eigener Ansatz	309
gg) Zusammenfassung	312
6. Schutz vor Masseschmälerung bei insolvenzreifer GmbH,	
§ 64 S. 1, 2, 4 GmbHG	313
a) Normzweck	313
b) Streit um die Rechtsnatur	313
c) Folgerungen	315
d) Aktivlegitimation; Passivlegitimation der Gesellschafter?	317
7. Schutz durch Insolvenzverursachungshaftung,	
§ 64 S. 3 GmbHG	318
a) Normzweck; Verhältnis zu anderen Schutzinstrumenten	318
b) Norminhalt	319
8. Schutz bei existenzvernichtenden Eingriffen	320
a) Einleitung	320
b) Meinungsstand	322
aa) Die frühere Rechtsprechung des BGH	322
bb) Die aktuelle Rechtsprechung des BGH	323
cc) Meinungsstand in der Literatur (Skizze)	326
c) Stellungnahme	327
aa) Rechtsdogmatische Legitimation der Haftung	327
bb) Anspruch der Gesellschaft aus §§ 280, 311 I BGB	329
cc) Anspruch der Gesellschaft aus § 43 II GmbHG analog?	343
dd) Anspruch der Gesellschaft aus § 826 BGB	344
ee) Außenhaftung infolge teleologischer Reduktion des § 13 II GmbHG?	344
ff) Ansprüche der Gesellschaftsgläubiger aus § 826 BGB	345
gg) Verhältnis der Ansprüche von Gesellschaft und Gesellschaftsgläubiger	350
hh) Zusammenfassung	353
9. Schutz vor materieller Unterkapitalisierung?	354
a) Einleitung	354
b) Meinungsstand	355
aa) Außenhaftung (Durchgriffshaftung)	355
bb) Innenhaftung (Normanwendungslehre)	356
cc) Ablehnung eines eigenständigen Haftungstatbestands	357
dd) ... aber: eigenständige Fallgruppe bei § 826 BGB?	357
c) Stellungnahme	358
aa) Finanzierungsfreiheit der Gesellschafter	358
bb) Historische und systematische Erwägungen	359
d) Ergebnis	363
10. Schutz bei Vermögensvermischung	364
a) Einleitung	364
b) Voraussetzungen (nach BGH)	365
c) Rechtsfolgen und Methodik (nach BGH)	367

d)	Meinungsspektrum in der Literatur (Skizze)	367
e)	Stellungnahme	369
aa)	Ablehnung der echten Durchgriffslehren	369
bb)	Außenhaftung im Gefolge einer teleologischen Reduktion des § 13 II GmbHG	369
cc)	Haftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern aus § 826 BGB	374
dd)	Haftung gegenüber der Gesellschaft aus §§ 280, 311 I BGB ..	374
ee)	Verhältnis der Ansprüche der Gesellschaftsgläubiger und der Gesellschaft	377
ff)	Zusammenfassung	381
11.	Zusammenfassender Überblick	381
V.	Verfassungskonformität der geltenden Rechtslage	383
1.	Keine Verletzung von Art. 14 I GG als Abwehrrecht	383
2.	Verletzung staatlicher Schutzpflichten aus Art. 14 I GG?	383
VI.	Bewertung der geltenden Rechtslage und Diskussion	
	ausgewählter Neuregelungsalternativen	384
1.	Säule 1: Schadensozialisierung mittels Pflichtversicherung ..	385
2.	Säule 2: Privatautonomer informationeller Gläubigerschutz ..	388
a)	Hinwendung zu einem System informationellen Gläubigerschutzes?	388
b)	Punktuellder Ausbau der Publizitätspflichten	392
aa)	Nennung der Stammkapitalziffer auf Geschäftsbriefen	392
bb)	Eigenkapitalauskünfte auf Geschäftsbriefen	393
cc)	Zusätzlich: Pflicht zur rechtlichen Information potentieller Geschäftspartner	394
c)	Strengere „Sanktionen“ bei Publizitätsverstößen	395
3.	Säule 3: Kapitalorientierte Schutzmechanismen	395
a)	Schaffung einer Unterkapitalisierungshaftung?	395
b)	Ansatz beim Stammkapital?	399
aa)	Traditionelle Funktionen des Stammkapitals und Kritik	399
bb)	Bewertung des Stammkapitalsystems	401
cc)	Bewertung der UG	402
dd)	Weiterentwicklung des geltenden Stammkapitalrechts	404
c)	(Pauschale) Beteiligung am Ausfallrisiko per Nachschusspflicht? .	408
d)	Ersetzung/Ergänzung der realen Kapitalaufbringung durch eine Kapitaldeckungspflicht	410
4.	Säule 4: Erweiterung der „Verhaltenshaftung“	415
a)	Kein grundsätzliches Reformbedürfnis	415
b)	Personelle Erweiterung des § 64 GmbHG auf Gesellschafter	416
c)	Anfechtung der Rückzahlung von Gesellschafterdarlehen	417
aa)	Abschaffung der Rechtsprechungsregeln (§ 30 I 3 GmbHG n.F.)	417
bb)	Folgerungen	420

5. Säule 5: Schutz per Einschränkung des „Einsatzbereichs“ der GmbH	420
a) Modellbeschreibung	420
b) Begründung	422
c) Mögliche Einwände	423
6. Gesamtwürdigung	424
VII. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	426
1. Grundsätzliche Legitimität der Rechtsform der GmbH	426
2. Streitfragen de lege lata	426
3. Vorschläge de lege ferenda	427
a) Versicherungspflicht	427
b) Publizität	427
c) Kapitalorientierte Schutzmechanismen	428
d) „Verhaltenshaftung“	428
e) Pflicht zum Formwechsel in AG	429
E. Haftungsersetzung durch Versicherungsschutz	429
I. Einführung	429
II. Erfasste Fallkonstellationen und Rechtsfolgen	429
1. Erfasste Fallkonstellationen	430
a) Haftung des schädigenden Unternehmers	430
b) Haftung gegenüber Arbeitskollegen/dem Unternehmer	430
c) Haftung anderer Personen, § 106 SGB VII	432
d) Erweiterung des persönlichen Anwendungsbereichs auf Geschädigtenseite	434
e) Ausschluss der Haftungsprivilegierung	434
2. Rechtsfolgen	435
a) Ausschluss von Personenschäden	435
b) Schmerzensgeld	435
c) Kein Ausschluss von Ansprüchen wegen Sachschäden	436
d) Exkurs: Leistungskatalog der gesetzlichen Unfallversicherung ...	437
aa) Versichertenrente, §§ 56 ff. SGB VII	437
bb) Leistungen an Hinterbliebene, §§ 63 ff. SGB VII	441
e) Keine cessio legis (§ 104 I 2 SGB VII) ...	442
f) ... aber: Rückgriff nach § 110 SGB VII	443
g) Anrechnung, § 104 III SGB VII	443
aa) Allgemeines	443
bb) Anrechnung auf Schmerzensgeldansprüche	444
cc) Ergebnis	449
III. Dogmatische Qualifikation der §§ 104 ff. SGB VII	450
1. Grundsatz: Vollständige Schuldbeschränkung in Form einer rechtshindernden Einwendung	450
2. Folgen	451

a) Allgemeines	451
b) Verhältnis zur beschränkten Arbeitnehmerhaftung	452
3. Einschränkungen	454
a) Regress nach § 110 SGB VII	454
b) § 104 III SGB VII	454
c) Zusammenfassung	455
IV. Rechtspolitische und -dogmatische Rechtfertigung der §§ 104–106 SGB VII	456
1. Liquiditätsargument	456
a) Definition	456
b) Anwendungsbereich	456
c) Bewertung	457
2. Friedensargument	457
a) Definition	457
b) Anwendungsbereich	458
c) Bewertung	460
d) Zwischenergebnis	463
3. Finanzierungsargument	463
a) Definition	463
b) Anwendungsbereich	463
aa) § 104 SGB VII	463
bb) § 105 SGB VII	464
cc) § 106 SGB VII	467
c) Bewertung	469
d) Zwischenergebnis	472
4. Betriebs-/Gefahrgemeinschaftsargument	473
a) Definition	473
b) Anwendungsbereich	473
c) Bewertung	474
d) Zwischenergebnis	476
5. Die §§ 104 ff. SGB VII als Teil einer „sozialen Haftpflichtversicherung“?	476
6. Besondere Schutzbedürftigkeit des Schädigers bei fremdbestimmter und -nütziger Arbeit	477
a) Definition	477
b) Anwendungsbereich	478
aa) §§ 104, 105 SGB VII	478
bb) § 106 SGB VII	479
c) Bewertung	481
7. Fazit	485
V. Verfassungsrechtliche Fragen	486
1. Grundsätzliche Verfassungsmäßigkeit der §§ 104 ff. SGB VII	486

a)	Verstoß gegen Art. 14 I GG	486
b)	Verletzung staatlicher Schutzpflichten aus Art. 2 II 1 GG	486
c)	Verstoß gegen Art. 3 I GG	489
aa)	Ungleichbehandlung auf Geschädigtenseite	489
bb)	Ungleichbehandlung auf Schädigerseite	497
cc)	Zwischenergebnis; Rechtsfolgen des Verfassungsverstoßes ...	498
2.	Vereinbarkeit des Ausschlusses von Schmerzensgeld- ansprüchen mit Art. 3 I GG	500
VI.	Schlussfolgerungen de lege ferenda: Streichung/ Änderung der §§ 105, 106 I Nr. 1, 2, II Nr. 1, III SGB VII	504
VII.	Zusammenfassung	505
1.	Allgemeines	505
2.	Rechtspolitische und -dogmatische Legitimation	505
3.	Verfassungsrechtliche Bewertung und Neuregelungs- vorschläge	507
F.	Beschränkte Arbeitnehmerhaftung	508
I.	Einleitung; Gang der Darstellung	508
II.	Konzeptionelle Ausgestaltung der beschränkten Arbeitnehmerhaftung	509
1.	Alternative Ansätze	509
a)	Tatbestandslösungen	510
b)	Rechtswidrigkeit	510
c)	Lösungsansätze auf Verschuldensebene	510
2.	Die Rechtsfolgenmodifikation der herrschenden Ansicht	513
a)	Voraussetzungen	513
b)	Rechtsfolge: Haftungsreduzierung nach Gesamtabwägung	514
III.	Rechtspolitische und -dogmatische Rechtfertigung	517
1.	„Betriebsrisiko“	517
a)	Ausgangspunkt	517
aa)	Organisationshoheit des Arbeitgebers/Fremdbestimmtheit der Tätigkeit des Arbeitnehmers	518
bb)	Cuius commodum, eius periculum/Fremdnützigkeit	519
cc)	Menschliche Unzulänglichkeiten in einem Dauerschuld- verhältnis	520
dd)	Weitere (Hilfs-)Faktoren	520
ee)	Bewertung; Parallelen zu § 105 SGB VII	522
b)	Wirkung des Betriebsrisikos als „Schadensverursachungs- zurechnungsgrund“	523
c)	Tragweite des Betriebsrisikogedankens Teil 1 – Grundsätzliche Ausgestaltung der Haftungsprivilegierung	524
aa)	Keine Haftung bei leichtester Fahrlässigkeit	524
bb)	Volle Haftung bei Vorsatz	524

cc) Schadensteilung bei mittlerer Fahrlässigkeit	525
dd) Haftungsentlastung auch bei grober/größter Fahrlässigkeit?	525
d) Tragweite des Betriebsrisikogedankens Teil 2 –	
Legitimität einzelner Kriterien	529
aa) Ausgangsüberlegung	529
bb) Berücksichtigung der mangelnden Perfektion der menschlichen Natur	530
cc) Einbeziehung der persönlichen Verhältnisse des Arbeitnehmers	532
dd) Stellung des Arbeitnehmers im Betrieb	534
ee) Berücksichtigung der Schadenshöhe (Missverhältnis Lohn- Schadensrisiko/Haftungsbegrenzung wegen Existenz- gefährdung)	535
ff) Versicherbarkeit des Schadensrisikos durch den Arbeitgeber	537
e) Zwischenergebnis	538
2. Grundrechtliches Schutzgebot	538
a) Meinungsstand	538
b) Stellungnahme	540
aa) Grundrechtsdogmatische Kritik	540
bb) Methodische Einwände gegen die Ableitung konkreter Vorgaben	544
cc) Inhaltliche Kritik	545
c) Ergebnis	549
3. Fürsorgegedanke	549
a) Meinungsstand	549
b) Stellungnahme	550
aa) Grundsätzliche Tauglichkeit des „Fürsorgegedankens“	550
bb) Tragfähigkeit für einzelne Kriterien	556
c) Ergebnis	563
4. Billigkeit	563
5. Folgerungen	565
a) Nicht berücksichtigungsfähige Kriterien und Faktoren	565
b) Persönlicher Anwendungsbereich	566
aa) Grundlagen	566
bb) Arbeitnehmerähnliche Personen	567
cc) Leitende Angestellte	569
dd) GmbH-Geschäftsführer	572
ee) Vorstände von Aktiengesellschaften und Aufsichtsrats- mitglieder	578
ff) Freie Dienstverpflichtete, Werkunternehmer, Frachtführer und Spediteure	578
gg) Verwahrer und Lagerhalter	580
hh) Beauftragte	581
ii) Ehrenamtliche Vereinsmitglieder	583
jj) Gesamtergebnis	583

IV. Verfassungskonformität der beschränkten Arbeitnehmerhaftung	583
1. Verletzung der Eigentumsfreiheit (Abwehrkomponente)? ...	583
2. Verletzung staatlicher Schutzpflichten aus Art. 14 I GG? ...	584
3. Fazit	585
V. Normative Verankerung der beschränkten Arbeitnehmerhaftung	585
1. Betriebsrisiko	586
a) Traditionell: Verortung bei § 254 I BGB analog	586
b) Änderung durch die Schuldrechtsreform 2002?	587
c) Tragweite	588
2. Fürsorgegedanke	589
3. Zusammenfassung	590
VI. Dogmatische Qualifikation der beschränkten Arbeitnehmerhaftung als Schuldbeschränkung	590
VII. Zusammenfassung	591
1. Grundsätzliches	591
2. Rechtspolitische und -dogmatische Rechtfertigung	591
3. Personeller Anwendungsbereich	594
4. Verfassungskonformität	595
5. Normative Verortung	595
6. Arbeitnehmerhaftung als Schuldbeschränkung	596

§ 3 Übergreifende Aspekte

A. Einleitung	597
B. Allgemeine Reduktionsklausel bei Schadensersatzansprüchen: Abzugsrecht des Richters?	598
I. Einleitung; Gegenstand und Gang der Untersuchung	598
II. Historischer Hintergrund und aktuelle Situation	599
1. Diskussionen auf dem 43. Deutschen Juristentag 1960	599
2. Normtext des § 255a BGB-E	600
3. Die Begründung der Entwurfsverfasser	600
4. Aktuelle Lage	602
III. De lege lata: Schutz vor existenzvernichtender Haftung über § 242 BGB?	603

1. Ausgangspunkt	603
2. Meinungsstand	605
a) Die Auffassung von Canaris	605
b) Weitere Stimmen	607
3. Stellungnahme	608
a) Verfassungsrechtlicher Hintergrund	608
b) Rechtsunsicherheit/Uferlosigkeit	609
c) Entgegenstehender Wille des Gesetzgebers, Kompetenz- und Funktionsordnung des Grundgesetzes	611
d) Bestehen einer Schutzlücke?	613
aa) Schuldnerberatungsstellen	613
bb) Haftungshöchstsummen	614
cc) Schutz über § 1629a BGB?	614
dd) Schutz über § 287 I ZPO?	615
ee) Schutz über § 765a ZPO?	616
ff) §§ 811 ff., 850 ff. ZPO	617
gg) Restschuldbefreiung, §§ 286 ff. InsO	618
hh) § 76 II 1 Nr. 3 SGB IV als spezialgesetzliche Reduktions- klausel	628
4. Zwischenergebnis und Würdigung	632
IV. De lege ferenda: Richterliche Reduktionsklausel als Alternative?	633
V. De lege ferenda: Richterliche Reduktionsklausel als Ergänzung?	635
1. Systemwidrigkeit der Berücksichtigung pönaler Elemente? ..	635
2. Prozessökonomische Erwägungen?	637
3. Handhabbarkeit späterer Änderungen als Gegenargument? .	638
4. Rechtsunsicherheit/Stellung des Richters im Verfassungsstaat	639
5. Disproportionalität zivil- und strafrechtlicher Folgen?	644
6. Bedürfnis nach der Korrektur einer „einäugigen Gerechtigkeit“ des Alles-oder-Nichts-Prinzips?	648
7. Verbesserung des Schädigerschutzes; Abwägung	650
VI. Ergebnisse	655
1. De lege lata	655
2. De lege ferenda	656
C. Abdingbarkeit von Haftungsbeschränkungsinstrumenten	657
I. Einleitung	657
II. Ausgangspunkt: Vertragsfreiheit der Parteien	658
III. Untersuchung der erörterten Haftungsbeschränkungs- instrumente	660

1. Dispositivität der Restschuldbefreiung	660
a) Einleitung	660
b) Antizipierte Neubegründungsvereinbarungen	660
aa) Schutz öffentlicher Interessen: Gleichlauf mit Verzicht auf Vollstreckungsschutz?	660
bb) Gläubigerschutz: Unzulässige Sonderabkommen nach § 294 II InsO?	663
cc) Unzulässigkeit antizipierter Neubegründungsvereinbarungen zum Schutz des Schuldners	668
dd) Zwischenergebnis	673
c) Nachfolgende Neubegründungsvereinbarungen	674
aa) Gläubigerschutz: Unzulässige Sonderabkommen nach § 294 II InsO?	674
bb) Öffentliche Interessen: Keine Unterminierung des Rest- schuldbefreiungsverfahrens?	675
cc) Schuldnerschutz	675
dd) Exkurs: Vertragstypologische Qualifikation nachfolgender Neubegründungsvereinbarungen	681
2. Abdingbarkeit gesetzlicher Haftungshöchstsummen	685
a) Einführung	685
b) Analyse des einfachen Gesetzesrechts	686
c) Schlussfolgerungen	687
aa) Schutz des schwächeren Schädigers (positive Privatautonomie)?	687
bb) Übereilungsschutz	689
cc) Zeitliche Grenze des Übereilungsschutzgedankens	691
d) Abbedingung vor Schadenskenntnis	692
aa) Sittenwidrigkeit, § 138 BGB	692
bb) Verstoß gegen § 307 I, II Nr. 1 BGB	694
e) Abbedingung nach Schadenskenntnis	695
f) Exkurs: Vertragstypologische Qualifikation	695
3. Dispositivität der erbrechtlichen Haftungs- beschränkungsinstrumente	696
a) Grundsätzliche Dispositivität	696
b) Einschränkungen?	697
4. Dispositivität der Grundsätze beschränkter Arbeitnehmerhaftung?	699
a) Einleitung und Meinungsstand	699
b) Stellungnahme	700
aa) Keine Ableitung der Abdingbarkeit aus den Materialien zur Schuldrechtsreform	700
bb) Einfachgesetzliche Betrachtung	701
cc) (Unzulässiger) Eingriff in die negative Privatautonomie?	702
dd) Schranken haftungsmodifizierender Absprachen	704
ee) Vertragstypologische Qualifikation	711